

Proseminar: Demokratie und Neoliberalismus in Lateinamerika
im Sommersemester 1998

Leitung: Martin Traine

Politische und Wirtschaftliche Transformation in
Bolivien seit 1985

vorgelegt von: Ivan Jung

3. Fachsemester Regionalwissenschaften Lateinamerika

Köln, den 09.08.1998

Inhaltsverzeichnis:

| | | |
|-------------|---|-------|
| I. | Einleitung | S. 2 |
| II. | Grunddaten zu Bolivien | S. 3 |
| III. | Innenpolitische Entwicklung | S. 3 |
| III.1 | Verfassung | S. 3 |
| III.2 | Verwaltung | S. 4 |
| III.3 | Parteien | S. 4 |
| III.3.1 | Movimiento de la Izquierda Revolucionaria - MIR | S. 5 |
| III.3.2 | Movimiento Nacionalista Revolucionario - MNR | S. 6 |
| III.3.3 | Acción Democrática Nacionalista - ADN | S. 6 |
| III.3.4 | Conciencia de Patria - CONDEPA | S. 7 |
| III.3.5 | Indigene Gruppierungen | S. 8 |
| III.3.6 | Verbände und Gewerkschaften | S. 8 |
| III.3.6.1 | Confederación de Empresarios Privados de Bolivia – CEPB | S. 9 |
| IV | Wirtschaft | S. 9 |
| IV.1 | Wirtschaftliche Grunddaten | S. 9 |
| IV.2 | Wirtschaftliche Entwicklung seit 1985 | S. 9 |
| IV.3 | Bekämpfung der Inflation | S. 11 |
| IV.4 | Staatshaushaltsdefizit | S. 11 |
| IV.5 | Änderung des Steuersystems | S. 12 |
| V | Ausblick | S. 13 |
| VI | Literaturverzeichnis | S. 14 |

I. Einleitung

Politik und Wirtschaft stehen, wenn auch nicht empirisch nachgewiesen, in einem engen Bezug zueinander. Stimmt das Wirtschaftsleben nicht, kann sich keine Regierung auf Dauer halten. Umgekehrt ist die Voraussetzung für stabile politische Verhältnisse eine gesunde Wirtschaft.

Besonders auf ein Land wie Bolivien trifft dies zu. Ein Land, daß seit der Unabhängigkeit unter 200 Putschen, manchmal mehrere pro Tag, zu leiden hatte und dessen Armee ausschließlich im Kampf gegen die eigene Bevölkerung siegreich war.¹

Ein Land, das bis heute unter dem Trauma des Verlusts des Meerzuganges leidet. Ein Land, das mit Potosí ein Symbol der Ausbeutung und eines engen fatalen Verhältnisses zu seinen Bodenschätzen besitzt. Dieses Land hat seit Beginn des Demokratisierungsprozesses 1985 ein wenig Ruhe und so etwas wie wirtschaftliche Stabilität erfahren.²

Ein Indikator dafür sind beispielsweise die niedrigen Inflationsraten. Daß die Politik demokratischer geworden ist, zeigt die Tatsache, daß im Juli 1997 bereits zum vierten Mal demokratische Wahlen abgehalten worden sind. Doch wie stabil sind die Verhältnisse wirklich? Wie sieht die Situation der Bevölkerung, insbesondere auf dem Land und in den Minen aus? Welche Anstrengungen sind notwendig, um den Reformprozeß zu konsolidieren?

Trotz der Erfolge bleibt und ist Bolivien eines der ärmsten Länder Lateinamerikas. Die für das Land so wichtigen Außenbeziehungen sind belastet durch ein Problem *sui generis*, dem Koka-/Kakainsektor. Doch ohne die nötigen Strukturreformen auf dem Land wird dieses Problem bestehen bleiben. Man kann aber festhalten, daß die getätigten Reformen erst die Möglichkeit und einen Rahmen dafür gegeben haben, das Land auf einen demokratischen Weg zu bringen. Jetzt muß sich entscheiden, ob die Reformen weiterhin zielstrebig verfolgt werden oder aber ein Rückfall in antidemokratische und antisystemische Verhältnisse droht.

¹ Vgl. Nohlen, Dieter; *Handbuch der Wahldaten Lateinamerikas und der Karibik*, 1993, Band 1, S.112

² Vgl. Hofmeister, W., Thesing, J. (Hrsg.); *Der Wandel politischer Systeme in Lateinamerika*, Frankfurt a.M., 1996, S. 81

II. Grunddaten zu Bolivien³

1825 gegründet auf Initiative von Bolivars Marschall Antonio Jose de Sucre

Staatsform: Präsidielle Republik/Demokratie

Hauptstadt: Sucre/Regierungssitz La Paz

Fläche in qkm: 1.098.581

Religion: Religionsfreiheit, 80% römisch-katholisch, 10 % evangelisch, 10% andere

Amtssprachen: Spanisch, Quechua, Aymará

Bevölkerungszahl (in Mio.): 7,41 (1995)

Bevölkerungswachstum: 2,4% pro Jahr

Arbeitslosigkeit: 5,4 %

Unterbeschäftigung: 25 %

Ethnische Gruppierungen: 65% Indios, 30% Mestizen, 5% Weiße

Alphabetisierung: 83,1% (1995)

Internationale Mitgliedschaften: WB, IWF, OMC, IDB, CAF, ALADI, SELA,

Andenpakt, Amazonaspakt

1996: Freihandelszone mit MERCOSUR

III. Innenpolitische Entwicklung:

Nach einer langen Phase der Militärdiktatur, die erst im Okt. 1982 endgültig zu Ende ging, fanden im Juni 1997 bereits zum vierten Mal demokratische Wahlen statt. Inzwischen hat sich in dem Land der zahllosen Putsche die parlamentarische Demokratie deutlich stabilisiert. Problematisch bleibt jedoch die soziale Situation, die durch die neoliberale Wirtschaftspolitik seit 1985 eher noch verschärft wurde. Immerhin wurden mit der Kapitalisierung wichtiger Staatsunternehmen, der Erziehungsreform und den Gesetzen zur Dezentralisierung und Volksbeteiligung zentrale Reformvorhaben umgesetzt.⁴

III.1 Verfassung:

Seit der ersten Verfassung vom Nov. 1826 wurden in Bolivien zahllose neue Verfassungen in Kraft gesetzt. Nach dem Staatsstreich im Nov. 1964 erlangte die Verfassung von 1947 wieder Gültigkeit. Sie wurde seither oftmals ergänzt oder in

³ Bodemer, K.; Krumwiede, H.-W.; Nolte, D.; Sangmeister, H. (Hrsg.); *Lateinamerika Jahrbuch 1997*, Frankfurt a. M., 1997, S. 181

⁴ Vgl. Hofmeister, W., Thesing, J., o.o.A., S.81,82

einzelnen Passagen verändert. Die letzte Verfassungsänderung wurde am 12. Aug.1994 in Kraft gesetzt.⁵

Der Präsident übt nach der Verfassung die exekutive Macht aus, führt die Regierung, ernennt die Kabinettsmitglieder und bestimmt die Richtlinien der Außenpolitik. Er kann direkten Einfluß auf die Gesetzgebung nehmen und ist ermächtigt, Dekrete zu erlassen. Seit 1997 wird er für fünf Jahre gewählt (davor vier Jahre), eine unmittelbare Wiederwahl ist ausgeschlossen. Im Falle seines Todes oder seiner Unfähigkeit zur Amtsausübung fungiert der Vizepräsident, im Falle dessen Ausscheidens der Parlamentspräsident als Interimsstaatsoberhaupt. Erreicht ein Präsidentschaftskandidat bei allgemeinen Wahlen nicht die absolute Mehrheit, findet eine Abstimmung im Parlament statt. Das Zweikammerparlament (Kongreß) setzt sich aus Senat (27 Mitglieder) und Abgeordnetenkammer (130 Mitglieder) zusammen, die beide ebenfalls für jeweils fünf Jahre gewählt werden. Die jährliche Sitzungsperiode dauert gewöhnlich 90 Tage, kann aber bis auf 120 Tage ausgedehnt werden. 1952 wurde das Wahlrecht auch für Analphabeten eingeführt. Das Wahlrechtsalter wurde 1994 von 21 auf 18 Jahre herabgesetzt.⁶

III.2 Verwaltung:

Bolivien ist in neun *departamentos* (La Paz, Chuquisaca, Oruro, Beni, Santa Cruz, Potosi, Tirana, Cochabamba und Pando) eingeteilt, an deren Spitze jeweils ein vom Präsidenten ernannter Präfekt steht. Diese Departamentos sind in insgesamt 94 Provinzen mit ca. 1.000 Kantonen gegliedert. Im April 1994 trat das *Ley da Participación Popular* in Kraft. Kernpunkte dieses Gesetzes sind die Dezentralisierung, d. h. die Ausstattung der Gemeinden mit Entscheidungskompetenzen und Finanzmitteln und die Beteiligung von Basisorganisationen an den Entscheidungen auf Gemeindeebene. Die Regierung hofft mit dem Gesetz das wachsende Stadt-Land-Gefälle und die Migration in die Städte einzudämmen.⁷

III.3 Parteien:

Erstmals in der bolivianischen Geschichte haben die Parteien die Chance an der Artikulation politischer Interessen und deren Durchsetzung auf der politischen und staatlichen Ebene mitzuwirken. Trotz erheblicher Defizite und einem historisch

⁵ Vgl., ebd., S.121

⁶ Vgl. Hofmeister, W., Thesing, J., oöA, S. 122

bedingtem Mißtrauens seitens der Bevölkerung, werden Parteien heute als essentiell für das Funktionieren von Demokratie angesehen. Viele der Reformprozesse sind erst durch sie in Gang gesetzt worden. Dies erhöhte ihr Ansehen bei der Bevölkerung. Jedoch muß man bei der Bewertung der Parteien Abstriche machen. Die wirklich großen sozialen und wirtschaftlichen Probleme konnten sie bisher nicht lösen. Charakteristisch für Boliviens Parteienlandschaft war und ist teilweise immer noch der Personalismus und Fraktionalismus, der zu einer unübersehbaren Anzahl von Parteigründungen, -spaltungen und -allianzen führte. Seit den Wahlen von 1985 gibt es allerdings einen gewissen Trend zur Konzentration des Parteiensystems. Auch ist ein Trend zu politischer Konsensfindung und Kompromißfähigkeit zu beobachten. Das auseinandergebrochene Bündnis *Acuerdo Patriótico* zwischen MIR und ADN 1989 ist ein Ausdruck dessen.

Die wichtigsten linken Parteien, die noch 1980 das Feld beherrschten, mußten ab 1984/1985 aufgrund des Scheiterns der Regierung Siles Zuazo interne Spaltungen und massive Einflußverluste hinnehmen.

III.3.1 *Movimiento de la Izquierda Revolucionaria (MIR)*

Der 1971 als Widerstandsbewegung gegen das Banzer-Regime gegründete, zunächst sozialistisch ausgerichtete, *Movimiento de la Izquierda Revolucionaria (MIR)*, der in der Regierung Siles Zuazo mit Paz Zamora den Vizepräsidenten stellte, spaltete sich ab 1984 in drei Fraktionen. Die rechtssozialdemokratische Fraktion unter Führung von Paz Zamora, der nach der überraschenden Einigung mit seinem früheren Gegner Banzer von 1989 bis 1993 als Präsident amtierte, behielt den Namen MIR bei. Bei den Wahlen von 1993 erlebte das bis dato regierende Parteienbündnis *Alianza Patriótica (Acuerdo Patriótico; AP)* oder auch *Pacto por la Democracia* mit nur 20,03 % der Stimmen jedoch eine Schlappe. Bei den Wahlen im Juni 1997 traten ADN und MIR wieder getrennt an. Die zweite MIR-Fraktion mit Antonio Aranibar an der Spitze, die sich stärker an den ursprünglichen Zielen der MIR orientiert, schloß sich als *Movimiento Bolivia Libre (MBL)* bei den Wahlen von 1989 mit der 1950 gegründeten Partido Comunista de Bolivia (PCB) und anderen linken Gruppierungen zur Izquierda Unida (IU) zusammen. Bei den Wahlen von 1993 trat die MBL, die zwischenzeitlich die dritte MIR-Fraktion um Walter Delgadillo integrieren konnte, jedoch wieder allein an. Vom Rückgang des Einflusses

⁷ Vgl. ebd., S.127, 128

der linken Organisationen konnten bei den Wahlen ab 1985 die rechten Parteien und Bündnisse profitieren.⁸

III.3.2 Movimiento Nacionalista Revolucionario (MNR)

Der 1941 gegründete *Movimiento Nacionalista Revolucionario* (MNR) war die führende Partei in der Revolution von 1952 und stellte bis 1964 die Präsidenten. Die Stellung als älteste Partei und wesentlicher Protagonist der Politik und des politischen Wandels kann aber nicht mit einem entschiedenen Eintreten für die Demokratie gleichgesetzt werden. Während der Zeit nach der Revolution bis 1964 schreckte die Partei nicht davor zurück sein Herrschaftsmonopol auch mit weniger demokratischen Mitteln zu verteidigen. Bei allen Putschen ab 1964 waren der MNR bzw. wichtige Repräsentanten beteiligt. Mit Hilfe der Stimmen der MIR wurde der Revolutionsführer Paz Estenssoro (MNR) 1985 noch einmal Präsident und vollzog mit seiner neoliberalen Wirtschaftspolitik eine gründliche Abkehr von dem staatsdominierten Entwicklungsmodell der Revolution von 1952. Somit war die Partei zum zweiten Mal bei der Einrichtung eines neuen Entwicklungsmodells beteiligt. 1992 vollzog sie eine Prozedur der inneren Demokratisierung und ernannte ihren Präsidentschaftskandidaten in einem demokratischen Wahlverfahren. Mit dem "*Plan de Todos*" legte die Partei ein seriöses Wahlprogramm vor, daß zwar marktwirtschaftlich ausgerichtet war, aber auch die wachsenden sozialen Probleme und die Skepsis gegenüber dem demokratischen Prozeß berücksichtigte. Sie wollten dem Staat Instrumente zur Regulierung des Wettbewerbes geben, die Kapitalisierung der Staatsunternehmen vorantreiben und die Sozialpolitik stärken. Bei den Wahlen von 1989 wurde der MNR zwar mit 23,0 % der Stimmen stärkste Partei, doch ihr Präsidentschaftskandidat Gonzalos Sanchez de Lozada kam aufgrund des Bündnisses zwischen MIR und ADN erst vier Jahre später nach dem deutlichen Wahlsieg von 1993 (33,84 % der Stimmen) zum Zuge.⁹

III.3.3 Accion Democratica Nacionalista (ADN)

Die 1978 entstandene, rechtsgerichtete *Accion Democratica Nacionalista* (ADN) wurde von seinem Gründer Ex-Diktators Banzer dazu benutzt das Image als Militärdiktator abzulegen und sich als ziviler politischer Führer mit Zustimmung des Volkes zu

⁸ Vgl. Hofmeister, W., Thesing, J., ooA, S. 110

⁹ Vgl., ebd., S. 107

legitimieren. Im Transformationsprozeß hat sie trotz der Abhängigkeit zu der Person Banzers eine herausragende Rolle gespielt. Mit ihrem konservativen und wirtschaftsliberalen Programm vertrat sie seit ihrer Gründung die Interessen der Privatunternehmer und der arrivierten Mittelschicht. Der "*Pacto por la Democracia*" ab 1985 kann als Zeichen dafür gesehen, wie sehr sich die Partei um eine Herausbildung der Kultur des politischen Konsenses und Kompromisses bemüht. Aus den Wahlen von 1989 ging die Partei mit 22,6 % als zweitstärkste Kraft hervor und regierte in einer Koalition mit dem MIR bis 1993, wurde dann aber in die Opposition verwiesen. Bei den Wahlen im Juni 1997 wurde sie mit 20,88 % der Stimmen stärkste Partei.¹⁰

III.3.4 *Conciencia de Patria* (CONDEPA), *Unión Cívica Solidaridad* (UCS)

Der Unmut breiter Bevölkerungsschichten über die sozialen Folgen der von MNR, ADN und MIR getragenen neoliberalen Wirtschaftspolitik und die Schwäche der linken Parteien schufen Raum für den Aufstieg der neopopulistischen Organisationen *Conciencia de Patria* (CONDEPA) und *Unión Cívica Solidaridad* (UCS). CONDEPA verdankt ihre spektakulären Erfolge in den Städten La Paz und El Alto bei den Wahlen seit 1989 vor allem der Ausstrahlungskraft ihres Führers Carlos Palenque und der Beliebtheit seiner Radio- und Fernsehsendungen. Im nationalen Durchschnitt kam diese Gruppierung 1993 immerhin auf 13,6 %, 1997 sogar auf 16,09 % der Stimmen, obwohl die Partei zeitweise durch den erbitterten Streit zwischen Palenque und seiner Frau Monica Medina, der ehemaligen Bürgermeisterin von La Paz erschüttert wurde. Sein politischer Diskurs ist geprägt von einem korporativistischen Populismus, durchsetzt mit ethnischen Elementen aus der aymará-Kultur. Den größten Zuspruch erhielt er vor allem von den Armen, der marginalisierten Bevölkerung und dem departamento La Paz. Carlos Palenque starb im März 1997.

Steil war auch der Aufstieg von Max Fernandez, des Präsidenten und Mehrheitsaktionärs der größten Brauerei des Landes. Mit seiner Partei *Unión Cívica Solidaridad* (UCS), die durch Rückgriff auf bewährte Klientelpraktiken inzwischen zur viertstärksten politischen Kraft im Lande wurde und bei den Wahlen von 1997 auf 15,11 % der Stimmen kam. Sein unternehmerischer Erfolg stand im Gegensatz zu seiner politischen Unberechenbarkeit. Seinen Wahlkampf führte er mit marktwirtschaftlichen, sozialfürsorglichen und populistischen Parolen und nicht zuletzt mit großzügigen Wahlgeschenken. Nach dem Tod von Max Fernandez im November 1995 übernahm

¹⁰ Vgl. ebd., S. 109

Sohn Johnny die Leitung der Partei. Es bleibt noch abzuwarten, ob die Partei trotz der Wahlerfolge die Fähigkeit hat, sich weiter zu konsolidieren.¹¹

III.3.5 Indigene Gruppierungen

Weiterhin ungelöst ist die politische Vertretung der indigenen Volksgruppen. In der Parteienlandschaft haben sie mittelfristig gesehen keine reele Chance auf Mitbestimmung.

III.3.6 Verbände und Gewerkschaften:

Der wenige Tage nach dem revolutionären Aufstand vom April 1952 gegründete Gewerkschaftsdachverband *Central Obrera Boliviana* (COB) war von Anfang an mehr als eine Gewerkschaft, die sich auf die Vertretung der sozioökonomischen Interessen der Arbeiter beschränkte. Vielmehr vereinte sie gewerkschaftliche und politische Funktionen und stellte als wichtigste Kraft der Volksbewegung den Gegenpol zur Staatsmacht dar. Jahrzehntlang war die Bergarbeitergewerkschaft *Federacion Sindical de Trabajadores Mineros de Bolivia* (FSTMB) die führende Kraft innerhalb der Gewerkschaftsbewegung. Ende der 70er Jahre wurde die COB durch die Integration der 1979 gegründeten *Confederacion Sindical Unica de Trabajadores Campesinos de Bolivia* (CSUTCB) weiter gestärkt. Durch die Konfrontationspolitik der COB-Führung gegenüber der Regierung Siles Zuazo und die Massenentlassungen im staatlichen Bergbau nach dem Regierungsantritt von Paz Estenssoro wurde die bolivianische Gewerkschaftsbewegung jedoch entscheidend geschwächt. Hinzu kam eine wachsende interne Zerstrittenheit, so daß der Einfluß der COB ab 1985 stark zurückging und ihre Generalstreiks an Wirkung verloren. Auf dem letzten COB-Kongreß im August 1996 wurde eine Führung mit Edgar Ramirez an der Spitze gewählt, der zu den radikalen Kritikern der Regierungspolitik zählt. Die stark trotzkistische und kommunistische Ideologie innerhalb der COB führte oft dazu, daß die Demokratie und nicht nur die neue Wirtschaftspolitik gegen die COB verteidigt werden musste. Nachdem der Protest der radikalen COB gegen den neuen Wirtschaftskurs in den Ansätzen bereits gebrochen wurde, nahmen die Parteien in folgenden gesellschaftspolitischen Diskussionen keine Rücksicht mehr auf die Gewerkschaftsbewegung, im Gegensatz zu früher. Im Hinblick auf die Entwicklung des Demokratieprozesses ist jedoch eine allzu starke Schwächung der Gewerkschaften

¹¹ Vgl. ebd., S. 111,112

bedenklich, sollten gesellschaftliche Interessen neben den Parteien repräsentiert werden.¹²

III.3.6.1 Confederación de Empresarios Privados de Bolivia-CEPB

Der Unternehmerverband *Confederación de Empresarios Privados de Bolivia* (CEPB) konnte aufgrund der zentralen Rolle des Staates in der bolivianischen Ökonomie lange Zeit nur eine untergeordnete Rolle spielen. Sein Einfluß ist im Laufe der 80er und 90er Jahre allerdings stark gestiegen. Heute zählt er zu den wichtigsten Interessenverbänden des Landes.¹³

IV. Wirtschaft

IV.1 Wirtschaftliche Grunddaten¹⁴:

Währung: 5,4 Boliviano=1US\$ (Stand 8/97)

BIP pro Kopf: 1000 US\$

| | 1980 | 1990 | 1996 | 1997 |
|----------------------------------|----------------|------|------|------|
| BIP-Veränderung: | -0,7 | +2,4 | +3,9 | +4,1 |
| Inflation (in %): | 8.170,5 (1985) | 15 | 8,0 | 6,7 |
| Auslandsschuld (in Mrd US\$): | 2,7 | 4,3 | 5,4 | 5,4 |

Hauptexportprodukte: Soja 17%
Zink 17%
Gold 9%

IV.2 Wirtschaftliche Entwicklung seit 1985

Ein wirtschaftliches Chaos und eine spektakuläre Hyperinflation (20.560%, August/1985) zwangen die Regierung im August 1985 unter Paz Estenssoro/MNR umfangreiche Wirtschaftsreformen durchzuführen. Auslöser für diese Wirtschaftskrise war eine Krise des Minensektors, der sich aufgrund seiner Struktur, Produktionsmethoden und nicht zuletzt dank rückläufiger Weltmarktpreise für das

¹² ebd., S.113

¹³ Vgl., ebd. S.120

¹⁴ *Kurzbericht über Lateinamerika*, Dresdner Bank Lateinamerika AG, Hamburg, 1998, S. 30

Hauptexportprodukt Zinn, entwickelte. Das Staatshaushaltsdefizit wuchs und die wirtschaftliche Situation der Mehrheit der Bevölkerung verschlechterte sich. Besonders der Rückgang des realen Pro-Kopf-Einkommens und der Zusammenbruch der sozialen Sicherungssysteme traf die Menschen empfindlich. Diese Situation führte zu wachsenden sozialen und politischen Spannungen, vor denen sich die Regierung nicht verschließen konnte. Das Reformpaket trug den Namen *Nueva Política Económica* und hatte die Nummer 21060.¹⁵ Ab 1987 begannen die Reformen ihre Wirkung zu entfalten. Seitdem verlief die wirtschaftliche Entwicklung positiv. Vor allem die Staatseinnahmen konnten durch Anpassung der Rohstoffpreise an internationale Margen sowie die Anhebung der Steuern für ihre Kommerzialisierung auf internen als auch externen Märkten verbessert werden. Auch durch eine strengere Haushaltsführung und rigoroseres Vorgehen bei der Steuereintreibung trugen zu einem besseren Ergebnis bei.

Die Wirtschaft entwickelte sich ungewöhnlich stabil, die Volkswirtschaft allgemein blieb jedoch weiterhin unterentwickelt und die sozialen Probleme gravierend. 70% der Haushalte befinden sich unterhalb der Armutsgrenze (1992). Noch schlimmer sieht es allerdings im ländlichen Gegenden aus. Dort steigt die Quote gar auf 94 Prozent. Hinzu kommt eine ungleiche Verteilung von Einkommen. Außerdem ist das Pro-Kopf-Einkommen im lateinamerikanischen Vergleich noch wie vor sehr niedrig. Bleibt allerdings die Frage, wie die Situation wäre, gäbe es keinen Transformationsprozeß.¹⁶ Weiterhin besteht eine hohe Abhängigkeit von ausländischen Kapitalgebern und Entwicklungshilfe. Zudem macht U.S.A. Mittelvergabe von Bekämpfung des Kokaanbaus abhängig. Ohne Anreize für Campesinos zum Anbau alternativer Agrarprodukte besteht jedoch keine Aussicht auf eine Einigung in diesem Konflikt. Das Volumen des Kokaexportes beträgt nach Schätzungen zwischen 160-300 Mio US\$.¹⁷ Im März 1994 wurde das Rahmengesetz zur Privatisierung der sechs bedeutendsten Staatsbetriebe in Transport, Telekommunikation, Energie, Minensektor gebilligt. Daneben wurden auch Erleichterung in den Zollbestimmungen, Exportverfahren und im Registrierungssystem durchgesetzt. Mit der Beseitigung der Einfuhrbeschränkung von Zucker wurden alle Importbarrieren beigelegt.

¹⁵ Vgl. Hofmeister, W., Thesing, J., ooA, S. 92, 93

¹⁶ Weltbank; *Trends in Developing Economies 1996*, Bolivia Country Overview, 1996

¹⁷ Vgl. Hofmeister, W., Thesing, J., ooA, S.130

Im Vergleich der Wirtschaftsbereiche schnitten die Finanzdienstleistungen und der Kommunikationssektor 1997 am besten ab. Die verarbeitende Industrie und die Landwirtschaft, die mit Beiträgen zum BIP von 17 Prozent bzw. 15 Prozent die wichtigsten Sektoren der bolivianischen Wirtschaft sind, erzielten leicht überdurchschnittliches Wachstum.¹⁸

Die Hoffnungen auf wirtschaftlichen Aufschwung durch die Kapitalisierung der Unternehmen haben sich insgesamt nur im geringem Maße erfüllt.

IV.3 Bekämpfung der Inflation

Die Bekämpfung der Inflation erfolgte mit klassischen Maßnahmen wie einer restriktiven Geld und Fiskalpolitik. Der Peso wurde abgewertet und eine Währungsreform verabschiedet. Außerdem wurden die Preise freigegeben. Die Arbeits- und Finanzmärkte wurden liberalisiert. Die Inflation ging zurück, allerdings mit dem Preis von Rezension und Massenentlassungen. Im Minensektor verloren 20.000 Arbeiter ihren Arbeitsplatz, jedoch wurden kaum Verwaltungsbeamte, die am Defizit mitverantwortlich sind, entlassen.¹⁹ Die Inflation bewegt sich seit Jahren auf ungefähr neun Prozent. Negative Auswirkungen auf die Ernteergebnisse aufgrund des Klimaphänomens El Nino und einer damit einhergehenden Verteuerung der Lebensmittel ist bisher nicht zu beobachten gewesen. Das Ziel der Regierung Banzer ist die Senkung der Inflation bis 2002 auf vier Prozent.²⁰

IV.4 Staatshaushaltsdefizit

Das Staatshaushaltsdefizit verringerte sich 1995/96 infolge strenger Haushaltsführung auf 1,9% bzw. 2,0% des BIP. Dies war das beste Ergebnis seit zehn Jahren. 1997 vergrößerte sich das Defizit erneut auf 3,3% des BIP. Die Gründe dafür sind in den unerwartet hohen Kosten der Ablösung der staatlichen Altersversorgung durch zwei private Pensionsfonds zu suchen. Zudem fielen die Steuereinnahmen aus dem Öl-, Gassektor, bedingt durch den Pipeline-Bruch nach Argentinien, geringer aus als sonst. Auch die Änderung des Steuersystems nach der Privatisierung der YPFB (Öl, Gas) trug zu dem verschlechterten Ergebnis bei. Die Kosten der Rentenreform werden auch in

¹⁸ *Kurzbericht über Lateinamerika*, ooA., S. 31

¹⁹ Vgl. Hofmeister, W., Thesing, J., ooA, S. 93

²⁰ *Kurzbericht über Lateinamerika*, ooA., S. 32, 33

den nächsten Jahre den Haushalt belasten. Dadurch kann das Defizit auf 4% des BIP wachsen.

Trotz der der außenwirtschaftlichen Defizite sind die Devisenreserven 1997 weiter angestiegen und dürften sich infolge von Auslandsinvestitionen und Kreditaufnahmen auf einem Niveau von etwas einer Milliarde US-Dollar halten.²¹

IV.5 Änderung des Steuersystems

Als besonders wichtiger Bestandteil der wirtschaftlichen Reformen des Dekrets 21060 hat sich die Einführung eines neuen Steuersystems erwiesen. Die wesentlichen Punkte dieser Reform war die Einführung einer Mehrwertsteuer und eine Anhebung der indirekten Steuern. Die Mehrwertsteuer beträgt 13%, die Einkommensteuer liegt bei 12,5%. Angestrebt wurde eine allgemeine Geltung und Transparenz. Diese notwendigen Änderungen im Steuersystems gingen allerdings zu Lasten einer größeren Steuergerechtigkeit. Es bevorzugt Kapitaleigner und Unternehmer und belastet gleichzeitig Arbeiter und Konsumenten. Unternehmen zahlen demnach pauschal drei Prozent der Transaktionen bei Überweisungen von Gewinnen. Diese Steuer ist jedoch nicht absetzbar. Abgesehen von neuen Ungerechtigkeiten, erwies sich die Steuerreform als lohnend für den Staat. Die Einnahmen verdoppelten sich zwischen 1987-92. Mehr als fünfzig Prozent betrug der Anteil der Mehrwertsteuer an den Steuereinnahmen.²²

²¹ *Kurzbericht über Lateinamerika*, ooA., S. 31 ff

²² Vgl. Hofmeister, W., Thesing, J., ooA, S. 94, 95

V. Ausblick

Sowohl Regierung von Jaime Paz Zamora als auch Gonzalez Sanchez de Lozada hielten am eingeschlagenen Weg der Liberalisierung und Privatisierung fest. Diese Kontinuität erwies sich als vorteilhaft für den Reformprozeß. Jedoch zeigten sich Probleme in Fiskal- und Geldpolitik und strukturelle Probleme im Bankensektor. Dabei ist z.B. der oligopolistische Charakter des Bankenwesens zu nennen. Um den Wettbewerb zu steigern und die Ressourcen zu verlagern, wurden vier staatseigene Bankinstitute geschlossen. Ferner wurden durch neue Bank- und Zentralbankgesetze Anstrengungen unternommen, die Kontrolle und Aufsicht des Finanzsystems zu verbessern. Um Krisen im Bankensektor auffangen zu können, wurde 1995 ein spezieller Fond eingerichtet, der dazu dient Banken wieder neu zu strukturieren und zu kapitalisieren. All diese Maßnahmen trugen dazu bei, die Inflation auf einem niedrigen Niveau zu halten. Negativ zu bewerten sind allerdings die noch sehr hohe Abhängigkeit von externen Ressourcen. Die zentralen Ziele sind allerdings noch nicht erreicht. Zu nennen sind hierbei die Wiederbelebung der Produktivkräfte, die Schaffung neuer und stabiler Arbeitsplätze und der Aufbau des Privatsektors. Außerdem ist noch keine oder eine nur geringe Verbesserung der Lebensverhältnisse der Bevölkerungsmehrheit sowie Verringerung der Armut erreicht worden. Insgesamt betrachtet hat sich die wirtschaftliche Gesamtsituation nicht entscheidend gebessert.

VI. Literaturverzeichnis

- *Kurzbericht über Lateinamerika*, Dresdner Bank Lateinamerika AG, Hamburg, 1998
- Bodemer, K.; Krumwiede, H.-W.; Nolte, D.; Sangmeister, H. (Hrsg.); *Lateinamerika Jahrbuch 1997*, Vervuert Verlag, Frankfurt a. M., 1997
- Hofmeister, W., Thesing, J. (Hrsg.); *Der Wandel politischer Systeme in Lateinamerika*, Vervuert Verlag, Frankfurt a.M., 1996
- Weltbank; *Trends in Developing Economies 1996*, Bolivia Country Overview, 1996
- Nohlen, Dieter; *Handbuch der Wahldaten Lateinamerikas und der Karibik*, Leske und Budrich, Opladen , 1993, Band 1
- Hormann-Kiesekamp, Renata; *Bolivien: Pervertierung der Demokratie*, aus: Vom Elend der Metropolen, Lateinamerika, Analysen und Berichte, Junius, 1990
- Pampuch, Thomas, Echalar, A.; *Bolivien*, Beck C. H., München, 1993
- ZDF-Datenbank, Länderdarstellung Bolivien